



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

POLICY PAPER

GRENZENLOS BEDROHT

**Chinas Transnationale Repression
in Deutschland**

Ray Wong Toi-yeung

Impressum


Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg
Deutschland

 freiheit.org

 [FriedrichNaumannStiftungFreiheit](https://www.facebook.com/FriedrichNaumannStiftungFreiheit)

 [FNFreiheit](https://twitter.com/FNFreiheit)

 [stiftungfuerdiefreiheit](https://www.instagram.com/stiftungfuerdiefreiheit)

Autor

Ray Wong Toi-yeung

Redaktion

Dr. Salim Amin
Referent Menschenrechte und
internationale Rechtsstaatsfragen
Abteilung Globale Themen
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34

Email service@freiheit.org

Stand

November 2025

Hinweis zur Verwendung dieser Publikation

Bei dieser Publikation handelt es sich um eine Information der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Sie ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf bei Wahlen (Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen oder bei der Wahl zum Europaparlament) weder von Parteien noch von Wahlhelfern für Werbezwecke genutzt werden.

Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

ISBN

978-3-911204-26-2

Inhalt

1. Zusammenfassung	4
2. Einführung	6
3. Fallstudien	8
3.1. Repressionen des chinesischen Staates im Fall von Su Yutong	8
3.2. Die Angst von Studierenden vor der Überwachung an Universitäten	11
3.4. Transnationale Repression der VRC gegen die uigurische und tibetische Diaspora	15
4. Die Methoden und Akteure der chinesischen TNR	17
4.1. Warum übt China Transnationale Repression aus?	17
4.2. Staatliche und halbstaatliche Akteure sowie chinesische Polizeistationen im Ausland	19
4.3. Loyale Mitglieder der Diaspora und nicht-staatliche Akteure	22
5. Deutschlands Umgang mit Chinas Transnationaler Repression	25
5.1. Geringe Abschreckung und Rechenschaft der Täter	25
5.2. Institutionelle Fragmentierung bei TNR	27
5.3. Mangel an rechtlichen Instrumenten, um gegen Stellvertreter/innen und halbstaatliche Akteure vorzugehen	28
6. Handlungsempfehlungen an die Politik	30
6.1. Transparenz- und Haftungsregelungen bei ausländischer Einflussnahme	30
6.2. Novellierung und Ausweitung des § 99 StGB (Geheimdienstliche Agententätigkeit) zur Bekämpfung Transnationaler Repressionen	31
Quellennachweis	33
Über den Autor	40

1. Zusammenfassung

Chinas wachsende *Transnationale Repression (TNR)* ist eine neue Herausforderung für die Souveränität, die demokratischen Institutionen und die Sicherheit der Diaspora-Gemeinschaften in Deutschland und anderen Demokratien. In diesem Policy-Papier wird aufgezeigt, wie die *Volksrepublik China (VRC)* in Deutschland chinesische Bürgerinnen und Bürger überwacht, einschüchtert und unter Druck setzt – und wie Deutschland besser darauf reagieren kann. Anhand von Fallstudien, Interviews, wissenschaftlichen Arbeiten und offiziellen Berichten werden in diesem Papier die Gründe, Methoden und Akteure von Chinas extraterritorialer Repressionen erforscht und analysiert, welche Auswirkungen diese Repressionen auf die Demokratie in Deutschland haben und ob die aktuellen politischen Reaktionen angemessen sind.

Die wichtigsten Ergebnisse dieser Recherche weisen auf drei wesentliche politische Lücken hin. Erstens hat Deutschland noch keine konkreten Maßnahmen ergriffen, um die Urheber chinesischer TNR haftbar zu machen. Da weiterhin keine Sanktionen verhängt oder rechtliche Schritte gegen die verantwortlichen Beamten aus China und Hongkong unternommen werden, wird Freiheit von Strafbarkeit signalisiert. Zweitens gibt es aufgrund der dezentralisierten und unkoordinierten Maß-

nahmen der Ministerien und Nachrichtendienste keine Behörde, die für eine behördenübergreifende Strategie oder Unterstützung der Opfer als einheitliche Anlaufstelle zuständig ist. Letztendlich stellen die im Auftrag ausländischer Regierungen durchgeführten repressiven Handlungen gemäß deutschem Recht häufig keinen Strafbestand dar, solange es sich dabei nicht um Spionage handelt, was dazu führt, dass staatsnahe Akteure und loyale Mitglieder der chinesischen Diaspora Straffreiheit genießen.

Um diese Lücken zu beheben, werden in diesem Papier einige Empfehlungen zur Prävention, Koordinierung und Verbesserung des Umgangs mit TNR gemacht. Deutschland sollte auf drei Ebenen aktiv werden: 1) Es sollte die globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte anwenden, um gezielt gegen die verantwortlichen Beamten aus China und Hongkong vorzugehen und bei zukünftigen Verstößen diplomatische Konsequenzen zu ergreifen. 2) Ein Nationales Koordinierungsbüro sollte eingerichtet werden – oder dieses Mandat sollte an den neuen Nationalen Sicherheitsrat übertragen werden – mit dem Ziel, behördenübergreifende Maßnahmen zu vereinheitlichen und eine auf höchster Ebene angesiedelte Aufsicht zu gewährleisten; es sollten Transparenz- und Haftungsrichtlinien bei ausländischer Einflussnahme ein-

1. Zusammenfassung

geführt werden und 3) sollte das Strafgesetzbuch (§ 99 StGB) verschärft werden, um die vom Ausland gelenkte Einschüchterung, Überwachung oder Nötigung von Personen unter Strafe zu stellen. Ohne eine koordinierte und abschreckende Reaktion läuft Deutsch-

land Gefahr als Land wahrgenommen zu werden, in dem die Einmischung autoritärer Regime zulässig ist – wodurch sowohl die nationale Sicherheit als auch die Glaubwürdigkeit seiner Menschenrechtspolitik untergraben wird.

2. Einführung

普天之下，莫非王土；率土之濱，莫非王臣

(Es gibt kein Land auf dieser Erde, das nicht dem Kaiser gehört; kein einziger Einwohner dieser Länder ist nicht des Kaiser Untertan).

Der vorgenannte historische chinesische Vers aus dem *Buch der Lieder* (Shijing), Kleine Hofgesänge – Jahrzehnt von *Bei Shan*, fasst die Weltanschauung von *tianxia* (天下, alles unter dem Himmel) zusammen, derzufolge sich die kaiserliche Autorität über sämtliche Länder und Völker erstreckte, ungeachtet aller Grenzen. Obwohl diese Auffassung von Souveränität in der frühen kaiserlichen Weltanschauung Chinas begründet ist, spiegelt sie sich in der *Politik der Kommunistischen Partei Chinas* (KP China) wider. Heute handelt die Regierung in Peking gemäß einer ähnlichen Prämisse: Chinesische Staatsbürger, und sogar ehemalige chinesische Staatsbürger, unterliegen weiterhin der Autorität des Partei-Staatsapparats, unabhängig davon, in welchem Land sie tatsächlich leben.

Auf dieser Gesinnung der KP Chinas beruht auch deren *Transnationale Repression* (TNR) – die von Regierungen angewendeten Maßnahmen, um unter anderem Kritiker, Oppositionelle, Menschenrechtsaktivisten und Demokratiebewegungen über die eigenen Landesgrenzen hinaus im Ausland einzuschüchtern, zum Schweigen zu

bringen oder zu bestrafen. Freedom House (2025) bezeichnet China als den weltweit führenden Urheber von TNR, der für mehr als ein Fünftel der zwischen 2014 und 2024 registrierten Vorfälle verantwortlich ist.¹

In Deutschland sollen staatliche chinesische Institutionen, Diplomaten sowie loyale Stellvertreter und Stellvertreterinnen, Dissidenten überwacht und schikaniert, Demonstrationen gefilmt, Verwandte in China bedroht, Verleumdungskampagnen durchgeführt und Cyberattacken auf Exilgemeinschaften ausgeführt haben. Diese Maßnahmen verletzen nicht nur die Menschenrechte einzelner Personen, sondern stellen auch die Souveränität Deutschlands und die von Deutschland garantierten demokratischen Freiheiten infrage.

Dieses Problem wurde in Deutschlands China-Strategie 2023² und im aktuellen Koalitionsvertrag³ gewürdigt und erklärt, dass in Deutschland durchgeführte TNR-Maßnahmen gegen chinesische Staatsangehörige die Souveränität Deutschlands verletzen und dagegen vorgegangen werden muss. Auf europäischer Ebene wurde TNR als ein Aspekt autoritärer Einmischung bezeichnet, der Fragen zur Demokratie, Sicherheit und Widerstandsfähigkeit aufwirft. Ungeachtet dieses Erkenntnis nehmen die Betroffenen jedoch oft eine große Diskrepanz zwischen

politischen Erklärungen und den von den Behörden tatsächlich ergriffenen Präventionsmaßnahmen wahr.

Vor diesem Hintergrund werden in diesem Papier wichtige Fragen zur transnationalen Repression Chinas in Deutschland behandelt: Warum führt China Repressionen im Ausland aus, und welche Ziele verfolgt es damit? Wie untergräbt China die Demokratie und Freiheit in Deutschland? Wer sind die beteiligten Akteure? Wie wirksam waren die bisherigen Reaktionen von deutscher Seite, und besteht Verbesserungsbedarf? Zur Beantwortung dieser Fragen werden in diesem Papier Interviews, Fallstudien von einzelnen Personen und Gemeinschaften sowie wissenschaftliche Forschungsarbeiten, internationale Berichte, Recherchen von Medien und zivilgesellschaftlichen Organisationen herangezogen. Die Analysen ordnen die von Gemeinschaften vom chinesischen Festland, aus Hongkong, Xinjiang und Tibet in

Deutschland gemachten Erfahrungen in einen allgemeinen globalen Trend der autoritären Einflussnahme Chinas über seine Landesgrenzen hinaus ein.

Dieses Papier ist folgendermaßen aufgebaut: Auf die Einführung folgen Fallstudien in Kapitel 3, einschließlich derer zu Aktivisten aus China und Hongkong sowie Mitglieder der uigurischen und tibetischen Gemeinschaften. Auf Basis dieser Fallstudien werden in Kapitel 4 die Methoden und Strukturen der chinesischen TNR untersucht, wobei das Hauptaugenmerk auf deren Zielen und Akteuren liegt. In Kapitel 5 werden Deutschlands Reaktionen auf und Maßnahmen gegen die chinesische TNR auf deutschem Boden beschrieben, um einerseits die Lücken zu identifizieren, die einem wirksamen Schutz und einer effektiven Prävention entgegenstehen, und um andererseits Handlungsempfehlungen an die Politik auszusprechen.

3. Fallstudien

In diesem Kapitel werden mehrere bekannte Fälle von chinesischer Repression in Deutschland untersucht. Da TNR heimlich ausgeführt wird, lassen sich mit Ausnahme von persönlichen Aussagen des Autors einige Berichte nicht vollständig überprüfen. Die nachfolgend aufgezeigten Fälle stellen nur einen Bruchteil des gegenwärtigen Phänomens dar. Es würde den Rahmen dieses Papiers sprengen, auf zahlreiche weitere Fälle von chinesischer transnationaler Repression in Deutschland näher einzugehen. Aus Gründen der Glaubwürdigkeit beruft sich diese Analyse hauptsächlich auf Berichte etablierter Medien, Aussagen von Betroffenen sowie das von anderen Personen und Organisationen ausführlich dokumentierte TNR-Muster. Diese Quellen liefern eine hinreichend robuste Grundlage und veranschaulichen, mit welcher Systematik die repressiven Praktiken Pekings in Deutschland und im Ausland ausgeführt werden, selbst wenn sich bestimmte operative Einzelheiten nicht überprüfen lassen.

3.1. Repressionen des chinesischen Staates im Fall von Su Yutong

Su Yutong, eine chinesische Journalistin und Menschenrechtsaktivistin, die seit 2010 in Deutschland lebt, ist eines der am meisten von der chinesischen transnationalen Repression in Europa betroffenen Opfer. Ihr Fall veranschau-

licht, mit welcher Intensität, Raffinesse und Hartnäckigkeit mit Repressionen von oder im Auftrag der *Volksrepublik China (VRC)* gegen Dissidenten im Ausland vorgegangen wird. Ihre Erfahrungen verdeutlichen, welche umfangreichen Taktiken und Mittel von der VRC möglicherweise bei der Ausübung transnationaler Repressionen angewendet werden.

Su begann sich in China als Aktivistin zu engagieren, wo sie wegen ihrer Online-Kritik an der Kommunistischen Partei Chinas wiederholt von den Sicherheitsbehörden schikaniert wurde. 2010 veröffentlichte sie das Tagebuch des ehemaligen Premierministers Li Peng, in dem die Entscheidungsfindungsprozesse, die zum Massaker auf dem Tiananmen-Platz.⁴ führten, detailliert beschrieben wurden. Kurze Zeit später wurde ihre Wohnung durchsucht, und sie wurde unter Hausarrest gestellt. Mithilfe von chinesischen Menschenrechtsanwälten floh Su nach Hongkong und von dort weiter nach Deutschland, wo sie Dank der Unterstützung der deutschen Botschaft in Peking ein Visum erhielt. Seitdem war sie als Journalistin für die Deutsche Welle und Radio Free Asia tätig, und steht weiterhin als Menschenrechtsaktivistin in der Öffentlichkeit.

Obwohl sie sich physisch nicht in der VRC aufhält, ist Su fast täglich nicht enden wollenden Schikanen ausgesetzt.

Ihr Fall zeigt, wie bei der chinesischen TNR eine Mischung aus digitalen, psychologischen und physischen Mitteln eingesetzt wird: Seit Su China 2010 verließ, hat sie permanent Mord- und Vergewaltigungsdrohungen, Nachrichten und Online-Kommentare mit Bildern brutaler Gewalt (z. B. ihre Enthauptung) erhalten. Des Weiteren war sie wiederholt Cyberangriffen ausgesetzt, einschließlich Versuchen, ihre Bank- und Social-Media-Konten zu hacken.⁵

Nachdem Su das Land verlassen hatte, wurden innerhalb kürzester Zeit Verleumdungs- und Diffamierungskampagnen lanciert. So wurde sie zum Beispiel Opfer von gefälschten pornografischen Darstellungen und Falschinformationen, unter anderem anhand eines mit Photoshop bearbeiteten Nacktfotos, das zusammen mit abfälligen Bemerkungen und der Behauptung verbreitet wurde, sie sei die Geliebte des renommierten chinesischen Künstlers Ai Weiwei. Chinesische Staatsmedien wie die *Global Times* bezeichneten sie als „anti-chinesische Reporterin“ und übten gemäß ihrer Aussage damit „außerordentlichen Druck auf meine Familie in China“ aus.⁶

Su wurde auch Opfer einer vom chinesischen Staat häufig angewendeten Taktik – der durch Stellvertreter ausgeübten Nötigung. So erhielt Su zum Beispiel im November 2014 einen Anruf vom Staatssicherheitsdienst in Peking, der sie dazu überreden wollte, nicht an Protesten teilzunehmen, um im Gegenzug ihre Eltern wiedersehen zu können,

vorausgesetzt, sie stimme den Bedingungen zu.⁷

Es ist nicht ungewöhnlich, dass Dissidentinnen aus Festlandchina sexuell belästigt werden. Sus Berliner Adresse wurde an Escort-Service-Websites weitergeleitet, was dazu führte, dass unzählige Männer vor ihrer Wohnungstür standen und behaupteten, sie seien mit einer Sexarbeiterin verabredet. Diese Einschüchterungskampagne zog sich über Monate hin, insbesondere nachdem sie über die Demonstrationen gegen das Auslieferungsgesetz in Hongkong im Jahr 2019 berichtet hatte.⁸

Als China zu seiner berüchtigten „Wolfskrieger-Diplomatie“ überging, nahmen die gegen Su gerichteten Repressionen neue Ausmaße an. Im Jahr 2022 und Anfang 2023 buchten anonyme Akteure weltweit in ihrem Namen Zimmer in Luxushotels und übermittelten anschließend falsche Bombendrohungen. Diese Vorfälle hatten polizeiliche Ermittlungen und globale Sicherheitswarnungen zur Folge. Die Behörden in vielen Ländern – einschließlich Deutschland, der Türkei und den USA – konnten den Verursacher zu IP-Adressen in China und Hongkong zurückverfolgen.⁹

Etwa zur gleichen Zeit wurden Su und andere Aktivisten fotografiert und von mutmaßlich chinesischen Agenten bei Demonstrationen vor der chinesischen Botschaft verfolgt. Sie konnte einzelne Personen identifizieren, die vermutlich in der Schulungsabteilung der chinesi-

schen Botschaft tätig sind und im Juni 2023 Fotos von Demonstranten vor dem Kanzleramt gemacht hatten. Kurze Zeit später wurde ihre Familie in China von der Polizei aufgesucht und vor den Aktivitäten ihrer Tochter in Deutschland gewarnt.¹⁰

In ihrer Aussage vor dem US-Kongress hob Su die Frustration, die viele Opfer von TNR verspüren, hervor: „Obwohl ich mich, Dank des mir gewährten Polizeischutzes, etwas sicherer fühle, so sind diejenigen, die mich belästigen, weiterhin auf freiem Fuß. Auch wenn viele dieser Personen anonym sind, sind einige den Strafverfolgungsbehörden bekannt, ohne dass etwas unternommen wird.“¹¹ Ihre Worte spiegeln eine strukturelle Lücke in den bestehenden Schutzregelungen wider: Obschon die Behörden des Gastlandes vorübergehende Sicherheitsmaßnahmen anbieten können, genießen die Täter oft Straffreiheit. Diese Diskrepanz zwischen dem Schutz der Opfer und der Haftung der Täter ist in Demokratien ein häufig auftretendes Merkmal von TNR.

Die ständigen Schikanen haben tiefe Spuren in Sus Sicherheitsgefühl und ihrem psychischen Wohlbefinden in Deutschland hinterlassen. Obwohl sie in einem demokratischen Land lebt, das Freiheit und Schutz garantiert, lebt sie weiterhin in ständiger Angst, erhöhter Wachsamkeit und der Furcht, verfolgt

oder angegriffen zu werden. Das Gefühl, dass ihre Verfolger unantastbar bleiben – und dass deutsche Behörden nur in begrenztem Maße über Mittel verfügen, um die Täter haftbar zu machen – hat ihr Sicherheits- und Zugehörigkeitsgefühl stark beeinträchtigt. Ihre Erfahrung zeigt, dass die Transnationale Repression seitens Chinas nicht nur eine Verletzung der Souveränität Deutschlands darstellt, sondern auch die Menschenrechte der jeweiligen Opfer verletzt. Gemäß dem Grundgesetz (GG) ist die Würde eines jeden Menschen in Deutschland unantastbar (Art. 1 GG), hat jeder Mensch das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 GG) sowie das Recht auf die Unverletzlichkeit seiner persönlichen Daten und Kommunikation (Datenschutzgrundrecht sowie Art. 10 GG). Wenn Akteure oder Stellvertreter eines ausländischen Staates diese Rechte bedrohen, liegt es in der Verantwortung der deutschen Regierung, zu gewährleisten, dass Menschen auf deutschem Boden frei von Angst und Einschüchterung leben können. Der Fall von Su Yutong hebt nicht nur die geopolitischen Dimensionen transnationaler Repression hervor, sondern verdeutlicht auch deren unmittelbare Auswirkungen auf die betroffenen Menschen – was eine Beschneidung der Freiheiten und Rechte ausländischer Personen darstellt, zu deren Schutz sich Deutschland verpflichtet hat.

3.2. Die Angst von Studierenden vor der Überwachung an Universitäten

Abgesehen von der gezielten Überwachung bekannter Personen und Dissidenten, berichten ganz normale Studierende aus Festlandchina, Hongkong, Tibet sowie Uiguren vermehrt darüber, dass sie belästigt, überwacht und indirekt eingeschüchtert werden. Laut einem Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2024¹² gaben viele der in mehreren europäischen Ländern (einschließlich Deutschland) befragten 32 chinesischen und Hongkonger Studierenden an, bei friedlichen Demonstrationen fotografiert oder verfolgt worden zu sein. Anschließend wurden ihre Familien in der Heimat von Sicherheits- oder Polizeibehörden kontaktiert und oft aufgefordert, ihre Kinder zu „erziehen“, deren politische Aktivitäten im Ausland zu unterbinden oder ihnen keine finanzielle Unterstützung mehr zu gewähren.

Einer der interviewten Studierenden in Deutschland berichtete, dass Peking-Sympathisanten Fotos von seiner Teilnahme an einer Solidaritätskundgebung für Hongkong ins Netz gestellt hatten und diese Bilder in WeChat-Gruppen der Diaspora-Gemeinschaft geteilt wurden, was unter Studierenden die Angst schürt, dass ihre Familienangehörigen in China möglichen Repressalien ausgesetzt sein könnten. Andere berichteten, dass sie weniger präsent seien, indem sie es z.B. vermieden, ihren wahren Namen in sozialen Medi-

en zu verwenden, sich weder öffentlich noch im Unterricht zu Themen äußerten, die aus Pekings Sicht heikel sind, und sich weigerten, einer Diaspora-Organisation als Mitglied beizutreten.

Der Autor hat aus erster Hand Erfahrungen mit Repressionen aufgrund familiärer Beziehungen auf dem chinesischen Festland gemacht.¹³ Ein Studierender aus Festlandchina in Göttingen, der eine Mahnwache zum Gedenken an das Tiananmen-Massaker organisiert hatte, berichtete, dass seine Familie wenige Tage nach der Veranstaltung kontaktiert wurde. Laut den Studierenden erschienen Beamte der örtlichen Staatssicherheitsbehörde unangekündigt in der Wohnung der Eltern und befragten sie zu den Aktivitäten ihres Kindes in Deutschland. Bevor sie das Haus verließen, forderten die Beamten die Eltern auf ihr Kind anzurufen; der Anruf wurde zu dem Zeitpunkt jedoch nicht beantwortet. Die Eltern wurden unter Druck gesetzt und aufgefordert, ihr Kind zu kontrollieren und es daran zu hindern, sogenannte „abweichende“ Verhaltensweisen anzunehmen. Andernfalls müssten sie mit „Schwierigkeiten“ rechnen. Aufgrund des auf seine Eltern ausgeübten Drucks hat der Studierende seine politischen Aktivitäten in Deutschland zunächst reduziert und dann vollkommen eingestellt.

Abgesehen von dem durch Stellvertreter ausgeübten Zwang beeinflusst und kontrolliert Peking chinesische Studierende im Ausland durch den

Chinesischen Stipendienrat [Chinese Scholarship Council (CSC)]. Auch wenn er als Instrument zur Finanzierung des akademischen Austauschs und der internationalen Zusammenarbeit bezeichnet wird, lösen die Methoden des CSC in den Gastländern wie Deutschland erhebliche Bedenken aus.

Einer Recherche der *Deutsche Welle*,¹⁴ zufolge müssen vom CSC geförderte Studierende und Wissenschaftler regelmäßig Verträge unterzeichnen, in denen sie sich zur Loyalität gegenüber dem chinesischen Staat und der Kommunistischen Partei verpflichten. Von chinesischen Studierenden wird erwartet, dass sie sich nicht „in einer Weise verhalten, die den nationalen Interessen und dem Ansehen des Landes Schaden zufügt.“¹⁵ Oft betreffen diese Verträge auch Familienangehörige in China, die finanziell haftbar gemacht werden, sollten Studierende gegen die vom CSC auferlegten Bedingungen verstoßen, indem sie sich z.B. politisch engagieren, chinesische Behörden kritisieren oder nach Abschluss des Studiums nicht nach China zurückkehren. Durch diesen finanziellen und politischen Druck wird Zwang ausgeübt und die akademische Freiheit und persönliche Autonomie unmittelbar untergraben.

In Deutschland, wo ca. vierzigtausend chinesische Studierende an renommierten Universitäten studieren, löst die Anwesenheit von CSC-gesponserten Wissenschaftlern unter Akademikern und in Sicherheitskreisen Unbehagen

aus. So warnte die ehemalige Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) vor einem „erhöhten Risiko der Spionage im Bereich der Wissenschaft“ durch CSC-finanzierte Wissenschaftler.¹⁶ Des Weiteren tendieren chinesische Studierende in Seminaren zur Selbstzensur, und sie wollen nicht an Diskussionen über sensible Themen wie Ostturkistan (auch bekannt als Xinjiang), Tibet, Taiwan oder Hongkong teilnehmen, weil sie wissen, dass CSC-Stipendiaten verpflichtet sind, den lokalen Konsulaten oder Botschaften regelmäßig über ihr Studium zu berichten.¹⁷

Dieses Phänomen beschränkt sich nicht nur auf individuelle Verhaltensweisen, sondern ist ein grundlegender Bestandteil der allgemeinen Infrastruktur, die zur Förderung der Interessen der VRC im Ausland eingerichtet wurde. Das CSC unterhält enge Beziehungen zu Botschaften und Konsulaten, von denen häufig politische Studienseminare, Veranstaltungen zur patriotischen Bildung und Mobilisierung chinesischer Studierendenvereinigungen organisiert werden. Diese Vereinigungen agieren oft unter dem Dach der Vereinigung der Chinesischen Studierenden und Wissenschaftler [*Chinese Students and Scholars Association (CSSA)*] und sind als Quelle transnationaler Repression gefürchtet.¹⁸ Ein von Amnesty International interviewter Studierender beschrieb, wie lokale CSSA-Mitglieder darüber gesprochen hatten, dass sie chinesische Studierende im Ausland, die Plakate mit kritischen Äußerungen zur Menschen-

rechtslage in China aufgehängt hatten, „zur Strecke bringen würden“, weil „die Botschaft das wirklich wissen will [wer die Plakate angebracht hat].“¹⁹

3.3. Transnationale Repression der Hongkonger Diaspora seitens der VRC

Seit den Demonstrationen gegen das Auslieferungsgesetz im Jahr 2019 und der Einführung des Nationalen Chinesischen Sicherheitsgesetzes [*Chinese National Security Law (NSL)*] im Jahr 2020 sind in Deutschland ansässige Hongkonger sporadischer, aber eskalierender transnationaler Repression ausgesetzt. Demonstranten und Aktivisten werden von Pekings extraterritorialem Machtpararat und Netzwerken loyaler Stellvertreter/innen überwacht, eingeschüchtert und bestraft.

Im Juli 2025 wurde eine Gruppe von Demonstranten, bestehend aus Hongkongern, Uiguren und Tibetern, bei einer Protestaktion in Frankfurt von Peking-treuen Chinesen drangsaliert.²⁰ Während dieser Aktion wurden die Demonstranten von Mitgliedern der chinesischen Diaspora fotografiert und gefilmt.²¹ Obwohl die Demonstration von der o.g. Koalition bei der Behörde angemeldet worden war, wurde eine Gruppe von Männern eines privaten Sicherheitsdienstes von Peking-loyalen Chinesen aufgefordert, die Demonstranten zu vertreiben.²² Die Sicherheitskräfte entfernten die Protestplakate und nahmen davor Stellung, um sich dann

auf einschüchternde Art und Weise den Demonstranten zu nähern. Ein Demonstrant der Tibet-Initiative Deutschland sagte: „Ich befürchtete, dass einer dieser Sicherheitskräfte mich schubsen, ich hinfallen und mir etwas brechen würde.“²³

Bei solchen Provokationen handelt es sich nicht um Einzelfälle; Peking-treue Chinesen haben in Hamburg auf ähnliche Art und Weise die Teilnehmer an einer Demonstration zur Unterstützung der Proteste in Hongkong im Jahr 2019 eingeschüchtert, provoziert und damit gedroht, Fotos von ihnen an die chinesische Botschaft zu senden.²⁴ Dass von chinesischen Akteuren gezielt Personen, die für Demokratie in Hongkong demonstrieren, angegriffen werden, wurde auch vom Innenministerium bestätigt.²⁵

Als weitere Beispiele dienen Erfahrungen, die ich [der Autor] persönlich gemacht habe: Nachdem ich von der Regierung in Hongkong verfolgt wurde und aus Hongkong geflohen war und in Deutschland Asyl beantragt hatte, wurde Druck auf mein Asylverfahren ausgeübt, was auch in schriftlicher Form dokumentiert wurde. Gemäß einem vom Auswärtigen Amt an eine lokale Behörde gesandten Dokument intervenierten chinesische Diplomaten 2018 in dem Bestreben, meinen Asylantrag anzufechten.²⁶ Nachdem mir 2019 Asyl gewährt worden war, wurde in der Presse über öffentliche Äußerungen des damaligen Sicherheitsministers John Lee – dem heutigen Regierungschef der

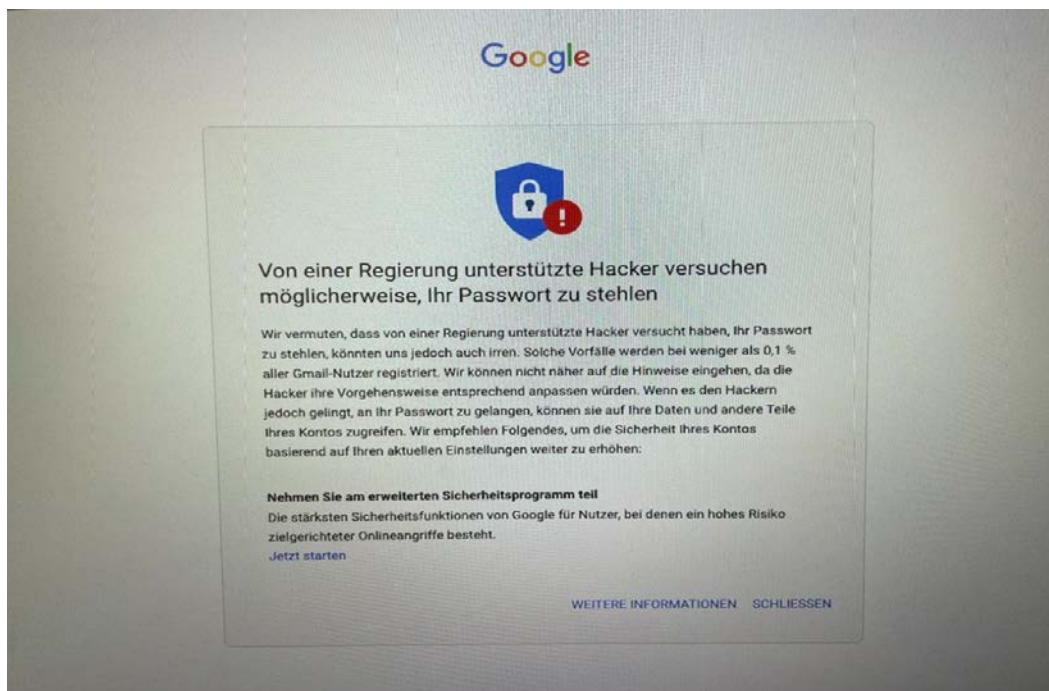
3. Fallstudien

Stadt – berichtet, wonach er fest entschlossen war, mich „mit allen Mitteln“ zu verfolgen. Daraufhin publizierten staatlich kontrollierte Medien eine Liste von Aktivisten im Ausland, mich eingeschlossen, die auf Grundlage des NSL gesucht werden.²⁷

Die Repressionen der chinesischen Regierung sind nicht nur rhetorischer Art. Auf dem Höhepunkt der Proteste im Jahr 2019 wurde ich zusammen mit einer Delegation von Studierenden aus Hongkong nach einem Treffen mit einem deutschen Parlamentarier auf der Straße Unter den Linden in Berlin beschattet. Ein offensichtlich chinesisches Paar folgte uns in ein Restaurant und setzte sich gezielt an den Nebentisch, obwohl es noch viele freie Tische gab. Während des Essens haben wir kaum gesprochen; das Paar schwieg

und beobachtete uns aufmerksam. Als wir das Restaurant verließen, fotografierten sie Mitglieder unserer Gruppe. Solche Überwachungstaktiken, bei denen Personen zunächst beschattet werden und die wahren Absichten erst später ersichtlich werden, sind gang und gäbe und werden gegen Dissidenten auf dem chinesischen Festland und in Hongkong eingesetzt, um ihnen zu vermitteln „Wo auch immer du auch sein magst, die chinesischen Behörden beobachten dich.“²⁸

Genau wie Dissidenten vom chinesischen Festland wurde auch ich zum Ziel von Cyberattacken. In den letzten Jahren gab es Versuche von potenziell staatlich gesponserten Hackern, das Passwort für mein E-Mail-Konto zu stehlen. (Siehe Screenshot.)



Quelle: Privater Screenshot, erstellt vom Autor der Publikation (2021).

In den letzten Monaten ist die nationale Hongkonger Sicherheitspolizei verstärkt mit ihren Drangsalierungs- und Unterdrückungsmethoden gegen Aktivisten im Ausland vorgegangen. Ein besonders eklatantes Beispiel hierfür ist die Geschichte eines EU-Bürgers aus Hongkong, der seit mehreren Jahrzehnten in Deutschland lebt – Ng Man-yan. Auf Grundlage des *Nationalen Sicherheitsgesetzes (NSL)* wurde er des Umsturzes angeklagt, und es wurde ein Haftbefehl gegen ihn erlassen.²⁹ Des Weiteren bieten die Behörden in Hongkong jeder Person, die sachdienliche Hinweise liefern kann, die zu seiner Verhaftung führen, ein Kopfgeld von 200.000 HK\$ an (ca. 21.800 - 21.900 €). Das ist das erste Mal, dass auf Grundlage des in Hongkong geltenden NSL ein Kopfgeld auf einen aus Hongkong stammenden und in einem europäischen Land ansässigen Dissidenten ausgesetzt wurde. Die Reaktion Deutschlands auf die Aussetzung eines Kopfgeldes auf einen seiner Einwohner dürfte dazu führen, dass autoritäre Regime nicht davon abgehalten werden, in Deutschland ansässige Verteidiger der Menschenrechte weiterhin auf transnationaler Ebene zu schikanieren. In Kapitel 6 dieses Papiers, in dem die deutsche Politik zur Bekämpfung der transnationalen Repression Chinas behandelt wird, werden die Reaktionen der deutschen Bundesbehörden näher beschrieben.

3.4. Transnationale Repression der VRC gegen die uigurische und tibetische Diaspora

Die transnationalen Repressionen Chinas sind in erster Linie weiterhin gegen die uigurischen und tibetischen Gemeinschaften in Deutschland gerichtet. Beide Gruppen sind vor der langjährigen systematischen Verfolgung und Unterdrückung in der VRC geflohen und sind nach wie vor Einschüchterungen, Überwachung und Nötigung ausgesetzt, was ihr tägliches Leben im Exil massiv beeinträchtigt.

Mitglieder der uigurischen und tibetischen Diaspora in Deutschland werden bei Demonstrationen und kulturellen Veranstaltungen von Personen fotografiert, die mutmaßlich im Auftrag des chinesischen Partei-Staatsapparats handeln.³⁰ In vielen Fällen hat die chinesische Polizei die Fotos später den Familienangehörigen in Ostturkestan (auch bekannt als Xinjiang) oder Tibet vorgelegt und sie bedroht bzw. von ihnen gefordert, den Kontakt abubrechen. Ein tibetischer Exilant berichtete, dass chinesische Behörden in Tibet seinem Bruder Fotos von seiner Teilnahme an einer Demonstration in Deutschland gezeigt und die Familie ermahnt hatten, den Kontakt mit ihm abubrechen.³¹ Uiguren berichten von ähnlichen Vorfällen und häufigem Cybermobbing, unerwünschten Telefonanrufen und dem auf sie ausgeübten Druck, damit sie Informationen über Gemeinschaftstreffen oder andere Aktivisten liefern.³² Bedauerlicherweise

gehört die fortwährende Überwachung und Einschüchterung zum Alltag von uigurischen und tibetischen Aktivisten.

Abgesehen von der physischen Überwachung sind diese Gemeinschaften einer raffinierten Online-Repression ausgesetzt. Uigurische Aktivisten in Deutschland berichten von Phishing-Versuchen, gehackten Social-Media-Konten und Spyware-Angriffen, die auf staatlich gesponserte Akteure zurückzuführen sind.³³ Einige Tibeter haben automatisierte Anrufe in chinesischer Sprache erhalten, in denen sie aufgefordert wurden, Dokumente in der chinesischen Botschaft abzuholen – eine Taktik, die dazu dient, Exilanten einzuschüchtern und zu beschatten.³⁴

Die effektivste Maßnahme, um Mitglieder beider Gemeinschaften davon abzuhalten, sich politisch zu engagieren, wie in der deutschen Verfassung garantiert, ist Pekings Taktik, Verwandte in der VRC unter Druck zu setzen. Von uigurischen Exilanten in Deutschland wird oft berichtet, dass ihre Familienange-

hörigen inhaftiert, verhört oder bedroht werden, wenn sie sich weiterhin als Aktivisten im Ausland betätigen. In einem Fall erhielt eine Tibeterin in Deutschland wiederholt Anrufe von ihrem Bruder in Tibet, der sie inständig bat, nicht mehr an Demonstrationen teilzunehmen, nachdem die örtliche Polizei die Familie aufgesucht und gewarnt hatte, dass ihr Aktivismus die Familie gefährde.³⁵ Diese Strategie der Sippenhaft verfängt insbesondere bei Menschen mit traditionell starken familiären Beziehungen.

Diese Taktiken haben gravierende kumulative Auswirkungen. Aus Angst vor Repressalien haben es viele Uiguren und Tibeter in Deutschland aufgegeben, an Demonstrationen teilzunehmen, kritische Meinungen zu veröffentlichen oder sich in politischen Institutionen zu engagieren. Andere wiederum benutzen in Telefonaten mit Verwandten in China eine geheime Sprache und meiden sensible Begriffe wie „Dalai Lama“ oder „Ostturkestan“, um dadurch das Risiko für ihre Familienangehörigen zu verringern.

4. Die Methoden und Akteure der chinesischen TNR

Bei der transnationalen Repressionskampagne der VRC scheint es sich nicht um eine spontane Häufung von Schikanen zu handeln, sondern vielmehr um eine vorsätzliche Ausweitung der autoritären innerchinesischen Praktiken auf internationaler Ebene. Solche verdeckten Operationen werden von der Partei offiziell als „versteckte Front“ (隱蔽戰線) bezeichnet – ein Begriff, der in der Partei eine lange Tradition hat, die bis vor die Gründung der VRC zurückreicht.

Um das Phänomen der chinesischen TNR zu verstehen, müssen die Ziele Pekings und das Netzwerk der Akteure genauer betrachtet werden, die an der Durchführung von TNR-Maßnahmen in verschiedenen Ländern beteiligt sind.

4.1. Warum übt China Transnationale Repression aus?

Bei der chinesischen TNR geht es dem Parteistaat wohl primär darum, den Bestand des Regimes zu garantieren und die absolute Kontrolle über den politischen Diskurs zu behalten. Die KP Chinas sieht abweichende Meinungen, egal ob sie in China oder im Ausland geäußert werden, als einen direkten Angriff auf ihre Legitimität und politischen Ambitionen an, was die als Reaktion auf jeden innerchinesischen Dissens

ergriffenen drakonischen Maßnahmen bezeugen. Wie Emile Dirks anmerkte, „ist (Präsident) Xi entschlossen, die Kontrolle der Kommunistischen Partei über China und die Diaspora zu festigen. Gegen dieses Ziel wird keinerlei Opposition, und sei sie noch so klein oder schwach, toleriert.“³⁶

Im Gegensatz zu einigen anderen autoritären Regimen wird Chinas Sensibilität gegenüber Kritik von außen aufgrund der globalen wirtschaftlichen Integration des Landes und seiner politischen Ambitionen noch verstärkt.³⁷ Diese Dynamik mag eine Erklärung dafür sein, dass Peking zunehmend auf Repressionen im Ausland setzt: Es kann sich weder eine Schädigung seiner Reputation noch anhaltenden externen Aktivismus leisten, ohne dies als eine Bedrohung seiner außenpolitischen Ambitionen und wirtschaftlichen Interessen zu empfinden. Die Äußerungen von Dissidenten im Exil – unabhängig davon, ob es sich dabei um Uiguren, Tibeter, Hongkonger oder Festlandchinesen handelt – werden nicht nur als die Meinung einzelner Kritiker wahrgenommen, sondern als Knotenpunkte einer potenziellen Mobilisierung, die das globale Image der VRC schädigen, internationale Koalitionen bilden und sogar zu Unruhen in China führen können.

Die Dominanz der chinesischen Kampagne zur Kontrolle der globalen Narrative lässt sich auch anhand der politischen Doktrin der KP Chinas erklären. Gemäß Xi Jinpings Konzept der „umfassenden nationalen Sicherheit“ könnten innenpolitischer Dissens und internationale Kritik als eine Bedrohung der nationalen Sicherheit betrachtet werden.³⁸ Im Nationalen Sicherheitsgesetz für Hongkong von 2020 (NSL) mit seiner weitreichenden Extraterritorialitäts-Klausel wird dieses Prinzip formalisiert und das von Peking für sich beanspruchte Recht bestätigt, Personen überall auf der Welt für Handlungen zu bestrafen, die als feindlich gegenüber der chinesischen Souveränität und Chinas nationalen Interessen betrachtet werden. Das Gesetz richtet sich nicht nur gegen Hongkonger, sondern prinzipiell gegen jeden von uns.

Repressionen im Ausland dienen auch der Abschreckung. Auf diese Weise macht Peking deutlich, dass selbst das Exil in demokratischen Gesellschaften keine Sicherheitsgarantie ist, und sendet damit eine klare Botschaft an Kritiker innerhalb und außerhalb Chinas und deren Familien: Aktivismus hat seinen Preis, und nirgendwo ist man sicher.

Des Weiteren zielt die chinesische TNR darauf ab, den organisierten Aktivismus der Diaspora zu unterbinden. Im Ausland ansässige Gemeinschaften haben bewiesen, dass sie sehr wohl in der Lage sind, Lobbyarbeit in Parlamenten

zu leisten, Bewusstsein zu schaffen und Allianzen von Minderheitengruppen zu schmieden. Peking ist bemüht, diese Netzwerke durch Infiltration, Schikane und Gegenmobilisierung zu zerschlagen und gleichzeitig eine, von einigen Wissenschaftlern als „repressive nationalistische Diaspora“ bezeichnete Bewegung aufzubauen.³⁹

In Bezug auf Deutschland dient die chinesische TNR vor allem dazu, Kritiker zum Schweigen zu bringen und den organisierten Aktivismus der Diaspora zu schwächen. Die Auswirkungen sind offensichtlich. Wie in einer gemeinsamen Eingabe von Hongkonger in Deutschland e.V., Hong Kong Watch und *Freiheit für Hongkong e.V.* an die UN dargelegt, haben seit der Verabschiedung des Nationalen Sicherheitsgesetzes deutlich weniger Hongkonger an politischen Veranstaltungen in Deutschland teilgenommen.⁴⁰ Berichte von tibetischen und uigurischen Gemeinschaften belegen, dass dort die gleiche weit verbreitete Angst vor Repressalien herrscht, wenn ihre Aktivitäten beobachtet und an China gemeldet werden.⁴¹

Dieser verheerende Effekt geht über das Befinden einzelner Aktivisten hinaus und verändert das Gleichgewicht im öffentlichen Diskurs einer demokratischen Gesellschaft. Mit Peking verbündete Akteure werden durch regierungsfreundliche Diasporagruppen verstärkt, während abweichende Meinungen durch Einschüchterung, Überwachung

und Nötigung marginalisiert werden. Das Resultat ist eine systematische Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums, in dem Kritik an der chinesischen Regierung unterdrückt wird und Peking-freundliche Narrative an Boden gewinnen. Auf diese Weise untergräbt Chinas Repressionsapparat im Ausland nicht nur die Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit des jeweiligen Landes, sondern schafft auch ein für seine außenpolitischen Ziele günstigeres politisches Umfeld.

4.2. Staatliche und halbstaatliche Akteure sowie chinesische Polizeistationen im Ausland

Der chinesische Staatsapparat für Transnationale Repression besteht aus mehreren Behörden, die sowohl über offizielle als auch geheime Kanäle operieren. Bis 2023 unterhielt die Volksrepublik China ca. 265 bilaterale Vertretungen – inklusive Botschaften und Konsulate – in 171 Ländern.⁴² Gemäß dem Jahresbericht des Bundesamts für Verfassungsschutz haben die chinesischen „legal residencies“ – d.h. chinesische Geheimdienstaußenstellen, die unter diplomatischer Flagge agieren – die Aufgabe, die Diaspora in Deutschland mittels institutioneller Verbindungen zu chinesischen Unternehmen, Studierendenorganisationen, Heimatvereinen, NGOs und Instituten zu überwachen und ideologisch zu kontrollieren.⁴³

Beim chinesischen *Ministerium für Staatssicherheit (MSS)* und dem *Ministerium für öffentliche Sicherheit (MPS)* handelt es sich um die wichtigsten offiziellen Geheimdienst- und Sicherheitsorgane, die für Maßnahmen im Ausland zuständig sind. Eine Recherche des *Internationalen Konsortiums Investigativer Journalisten (ICIJ)* hat ergeben, dass Beamte dieser beiden Behörden für die Einschüchterung von einigen der TNR-Opfer und deren Familien in der Heimat verantwortlich sind.⁴⁴ Auch die deutsche Bundesregierung ist sich der Beteiligung des MSS und des MPS an der Unterdrückung chinesischer Kritiker in Deutschland durchaus bewusst.⁴⁵

Die von Mao als eine der „magischen Waffen“ der Partei bezeichnete *Einheitsfront-Abteilung (UFWD)*, die für Einflussnahmen im Ausland zuständig ist, spielt bei diesen Aktionen eine entscheidende Rolle, insofern sie mit Studierendenorganisationen, Wirtschaftsverbänden und kulturellen Gruppen zusammenarbeitet. Seit 2010 hat die UFWD den Status des „wichtigsten staatlichen Instruments zur Umsetzung von Maßnahmen zur Steuerung der Diaspora“ und integriert „die jahrzehntelange Arbeit mit Auslandschinesen in ihre globalen politischen Aktivitäten.“⁴⁶ Diese Abteilung fungiert als Bindeglied zwischen dem staatlichen Sicherheitsapparat und zivilen chinesischen Organisationen im Ausland. Der erste Premierminister der VRC, Zhou Enlai, der die Einheitsfront

des chinesischen Parteistaates und die Nachrichtendienste konzipierte, gab das klare Ziel vor, „die Nachrichtendienste in die Einheitsfront einzubetten“ und „die Einheitsfront zur Förderung der Nachrichtendienste zu nutzen.“⁴⁷

Eines der bekanntesten Beispiele für die Zusammenarbeit von Mitgliedern der chinesischen Diaspora in Deutschland und chinesischen Geheimdiensten ist Jian Guo, ein chinesischer Einwanderer in Deutschland, der wegen Spionage für die VRC verhaftet wurde. Der leitende Staatsanwalt Stephan Morweiser bezeichnete diese Straftat als „den bislang schwerwiegends-

ten Fall von chinesischer Spionage in Deutschland.“⁴⁸ Guo wurde am 30. September 2025 vom Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden zu einer Haftstrafe von vier Jahren und neun Monaten verurteilt, nachdem er für schuldig befunden worden war, seit 2007 für chinesische Geheimdienste gearbeitet zu haben. Laut der offiziellen Pressemitteilung des Gerichts gehörte „das Ausspionieren und Identifizieren von chinesischen Oppositionellen“ sowie das „Sammeln und Analysieren von Informationen“ über deutsche Politiker und Parteien, wie z.B. Maximilian Krah und die *Alternative für Deutschland* (AfD), zu seinen Aufgaben.⁴⁹



Jian Guo (Dritter von rechts) reiste 2018 nach Dharamsala, Indien, und traf dort seine Heiligkeit den Dalai Lama.⁵⁰

Da die unmittelbaren staatlichen Akteure und mit ihnen verwandte Personen von den Spionageabwehrbehörden stärker überwacht werden, ist die Grauzone, in der die Grenzen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren verschwimmen, von großer Bedeutung. In diesem ambivalenten Bereich – in dem sich offizielle Institutionen, loyale Mitglieder der Diaspora und Stellvertreter-Netzwerke überschneiden – werden von China viele der wirksamsten transnationalen Repressionen in Deutschland ausgeübt.

Besonders beunruhigend ist die Einrichtung von Polizeistationen im Ausland. Die NGO Safeguard Defenders identifizierte im Jahr 2022 insgesamt 102 „chinesische Polizeistationen im Ausland“, die in 53 Ländern, einschließlich Deutschland, agieren.⁵¹ Mithilfe dieser Stationen ist es den chinesischen Behörden möglich, „sich mit den größten lokalen chinesischen Gemeinschaften im Ausland zu verbünden, mit dem Ziel, ein sogenanntes chinesisches Strafverfolgungs- und Zivilzentrum zu errichten.“⁵²

Laut offiziellen Angaben erbringen diese Stationen Verwaltungsdienstleistungen für chinesische Staatsangehörige, wie z.B. die Verlängerung von Dokumenten, Hilfestellung bei Notfällen, Kontaktpflege usw., und helfen dabei, gegen chinesische Gemeinschaften gerichtete Straftaten zu bekämpfen. Gemäß dem Bericht von Safeguard Defenders schießen viele dieser Einrich-

tungen jedoch weit über die genannten Ziele hinaus. Ihr eigentlicher Zweck besteht darin, den Einflussbereich des nationalen Sicherheitsapparats der VRC auf ausländische Gerichtsbarkeiten auszuweiten. Sie dienen dazu, Dissidenten zu bespitzeln, Personen zur Rückkehr nach China zu zwingen und Informationen über Diaspora-Gemeinschaften zu sammeln. Die Existenz solcher Polizeistationen im Ausland ist für eine Reihe von chinesischen Akteuren von Vorteil:

- **Chinesische Behörden:** Das MSS, das MPS und lokale Polizeibehörden in China profitieren davon, dass sie ihre Macht auf das Ausland ausweiten können, ohne sich auf umständliche, offizielle Kooperationen mit der Polizei des Gastlandes einlassen zu müssen. Sie können Flüchtlinge verfolgen, Kritiker ausspionieren und Dissidenten kostengünstig unter Druck setzen.
- **Chinesische Botschaften und Konsulate:** In Anbetracht dessen, dass konsularische Aufgaben mit der Überwachung von Gemeinschaften verknüpft werden, können die Vertretungen einen engeren Kontakt zu Diaspora-Organisationen pflegen und so sicherstellen, dass die Narrative der Partei befolgt werden.
- **Die Einheitsfront-Abteilung (UFWD):** Die Polizeistationen entsprechen dem Auftrag der UFWD, wonach die

Politik der Diaspora zu gestalten und feindseligen Narrativen entgegenzuwirken ist. Aufgrund dessen, dass Polizeiaufgaben in Institutionen der Diaspora eingebettet sind, kann die UFWD Peking-Loyalisten unterstützen und Kritiker unterdrücken.

- **Lokale „Gemeindevorsteher“ und Vereinigungen:** Die Betreiber solcher Stationen, bei denen es sich oft um Vorsitzende von Heimatvereinen oder Peking-treue Bürgerinitiativen handelt, gewinnen bei den chinesischen Behörden politisches Kapital. Im Gegenzug können sie Anerkennung, Geschäftsmöglichkeiten oder Einfluss in der Diaspora erlangen.

Die im Ausland betriebenen Polizeistationen sind häufig in ethnischen Heimatvereinen, Kulturzentren, Handelskammern oder anderen Einrichtungen der Diaspora-Gemeinschaften angesiedelt, was dazu führt, dass die Grenze zwischen gemeinnütziger Arbeit und staatlicher Sicherheitsinfrastruktur verschwimmt.

Nach Angaben des deutschen Innenministeriums werden solche Polizeistationen in Deutschland nicht von chinesischen Polizeibeamten betrieben, sondern von lokalen, in China geborenen „Gemeindevorstehern“, die enge Kontakte zu chinesischen diplomatischen Vertretungen pflegen und in Organisationen der Einheitsfront aktiv sind.⁵³

Am 3. November 2022 wurde die chinesische Regierung vom Auswärtigen Amt in einer Verbalnote offiziell aufgefordert, ihre verdeckt auf deutschem Boden agierenden Polizeistationen zu schließen. Sechs Monate später räumte das Bundesinnenministerium jedoch ein, dass mindestens zwei dieser Stationen weiterhin betrieben wurden.⁵⁴ Im November 2024 berichteten deutsche Medien (RTL/ntv) über vier Polizeistationen – in Berlin, Hamburg, Düsseldorf und München – und hoben damit einerseits den Fortbestand dieser Stationen und andererseits die geringe Wirksamkeit der diplomatischen Schritte Deutschlands zur Eindämmung dieser Machenschaften hervor.⁵⁵ In einer im Februar 2025 veröffentlichten Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der FDP-Fraktion wurde versichert, es gebe keine Hinweise darauf, dass chinesische Polizeistationen im Ausland weiterhin als Teil des extraterritorialen Netzwerks der VRC China agierten.⁵⁶ Es ist jedoch nach wie vor unklar, ob die Polizeistationen auf andere Art und Weise tätig sind.

4.3. Loyale Mitglieder der Diaspora und nicht-staatliche Akteure

Wissenschaftler haben beobachtet, dass die Transnationale Repression nicht nur von unmittelbar mit dem Staat in Verbindung stehenden Akteuren und denjenigen, die eine so gut wie direkte

Verbindung zum Staat haben ausgeübt wird, sondern auch von Peking-treuen Mitgliedern von Diaspora-Gemeinschaften – der repressiven nationalistischen Diaspora.⁵⁷ Peking mobilisiert seine Loyalisten im Ausland, um „als Stellvertreter und nichtstaatliche Akteure von transnationaler Repression zu fungieren.“⁵⁸ Diese repressiven Loyalisten unterstützen nicht nur die politischen Ziele des chinesischen Parteistaates, sondern tragen auch aktiv zur Erreichung der politischen Ziele des Staates bei, indem sie z.B. Druck auf Dissidenten ausüben, andere Mitglieder der Diaspora bespitzeln und die Narrative der Loyalisten verbreiten.⁵⁹ Wie das BfV (Bundesamt für Verfassungsschutz) berichtet, hat China eine dichte extraterritoriale Infrastruktur mit Diaspora-Vereinigungen, Verbindungsbüros und einer gleichgeschalteten Diaspora-Presse aufgebaut.⁶⁰ Diese Netzwerke könnten dem Staat dabei helfen, potenzielle „Abweichler“ zu identifizieren, zu isolieren und einzuschüchtern.

Die repressive nationalistische Diaspora bietet Peking mehrere Vorteile. Erstens gewährleistet sie eine glaubhafte Abstreitbarkeit, die es dem chinesischen Staat ermöglicht, Einfluss im Ausland auszuüben, ohne zu diesem Zweck formelle staatliche Akteure einzusetzen, was zu einem diplomatischen Skandal führen könnte. So hat z.B. die chinesische Botschaft jede Beteiligung an Angriffen chinesischer Peking-Loyalisten auf Demonstranten beim APEC-Gipfel in San Francisco bestritten.⁶¹ Zweitens

wird die Identität von Loyalisten erst dann bekanntgegeben, wenn sie repressive Handlungen vorgenommen oder Straftaten begangen haben. Das bedeutet wiederum, dass Peking vermutlich eine beachtliche Anzahl potenzieller Täter zur Verfügung steht, die jederzeit aktiviert werden können. Drittens ist die Nutzung bestehender Community-Netzwerke zur Ausübung Transnationaler Repressionen auch kostengünstig, da keine Ressourcen aufgewendet werden müssen, um einen Repressionsapparat von Grund auf aufzubauen. Viertens verfügen Akteure in der Diaspora über lokales Wissen und genießen Vertrauen im sozialen Umfeld, was sie zu einer wertvollen Informationsquelle macht. Laut BfV bedienen sich die chinesischen Geheimdienste der Informanten aus Kreisen der Diaspora zur Beschaffung von Informationen.⁶²

Die Existenz Peking-treuer Netzwerke in Deutschland verunsichert viele regimekritische Mitglieder der chinesischen Diaspora im Alltag und hält sie davon ab, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. In einem Interview mit einem chinesischen Dissidenten vom Festland, der bei der Herausgabe von Zeitschriften und der Organisation von Protesten mitwirkt, sprach dieser von einem allgegenwärtigen Gefühl des Misstrauens: „Wir müssen gegenüber anderen Mitgliedern der chinesischen Diaspora stets wachsam sein, da wir nicht wissen, wer Informationen über uns an das Regime weitergibt. Wir haben so gut wie kein Vertrauen zueinan-

der; wir behalten den Gedanken, dass uns jemand im Namen des Regimes bespitzelt, ständig im Hinterkopf.“ Laut diesem Dissidenten rührt ihre Angst daher, dass sie wissen, wie das repressive System der KP Chinas funktioniert. Viele chinesische Staatsbürger in Deutschland haben familiäre oder berufliche Beziehungen zu China und sind daher anfällig für Druck seitens des Parteistaates. „Die meisten Festlandchinesen in Deutschland wollen dennoch nach China zurückkehren oder haben Familie dort; deshalb wollen sie hier keine Probleme machen“, führte er weiter aus. In diesem Zusammenhang bedeutet „Probleme machen“ oft lediglich, das Recht

auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit auszuüben – Rechte, die vom deutschen Grundgesetz garantiert werden. Auf die Frage, was er sich von der deutschen Regierung wünsche, betonte der Dissident, dass eine strukturelle Unterstützung notwendig sei: „Wir hätten mehr Vertrauen, wenn sich die Behörden dem Problem der von Peking-Loyalisten mit eindeutigen Verbindungen zum Parteistaat kontrollierten chinesischen Vereinigungen annehmen würden – oder wenn es zumindest institutionelle Unterstützung für Festlandchinesen gäbe, die nicht zu diesem Kreis [dem Kreis der Loyalisten] zählen.“

5. Deutschlands Umgang mit Chinas Transnationaler Repression

Seit einigen Jahren nimmt Deutschland die Transnationale Repression Chinas zunehmend als Bedrohung seiner nationalen Souveränität und demokratischen Ordnung wahr. Die China-Strategie 2023 verweist ausdrücklich auf die Transnationale Repression der VRC gegen chinesische Staatsbürger in Deutschland und verpflichtet die deutsche Regierung, „die insbesondere von Einrichtungen und Zellen der Kommunistischen Partei Chinas ausgehende Überwachung und politische Kontrolle von Mitgliedern der chinesischen Gemeinschaft in Deutschland genauestens zu beobachten.“⁶³ Außerdem zählt Deutschland zu den Unterzeichnerstaaten der Grundsatzerklärung zur Bekämpfung Transnationaler Repression, was wiederum bedeutet, dass sich Deutschland im Hinblick auf die Bekämpfung von TNR „verpflichtet, gegen Straffreiheit vorzugehen, die Widerstandsfähigkeit zu stärken und gefährdete Personen zu schützen.“⁶⁴ Die derzeitige Koalition hat ebenfalls gelobt, der von autoritären Regimen ausgeübten Transnationalen Repression entgegenzuwirken.⁶⁵ Des Weiteren hat die deutsche Regierung versprochen, sich dieses Themas gemeinsam mit ihren demokratischen Verbündeten, z.B. im Rahmen der G7 und auf EU-Ebene, anzunehmen, was ein lobenswerter Schritt in die richtige Richtung ist.

Ungeachtet des wachsenden Bewusstseins für dieses Thema und einer verbesserten internationalen Zusammenarbeit werden Dissidenten in Deutschland und anderen Teilen der Welt weiterhin von Peking zum Schweigen gebracht. In diesem Kapitel werden die bestehenden politischen Lücken in Deutschland näher beleuchtet, die einen wirksamen Schutz der Opfer und Maßnahmen zur Abwehr von TNR-Ver suchen seitens des chinesischen Staates verhindern, und Möglichkeiten zur Schließung dieser Lücken aufgezeigt. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf laufenden Gesprächen und Themen, denen bislang nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

5.1. Geringe Abschreckung und Rechenschaft der Täter

Die Reaktionen der deutschen Politik auf die Transnationale Repression Chinas sind weiterhin überwiegend reaktiv und unkoordiniert, und haben keinerlei abschreckende Wirkung. In den oben genannten Fällen liegt der Fokus momentan primär auf Opferschutz und Krisenbewältigung – wie z.B. spontane Polizeieinsätze, Sicherheitsbewertungen oder die Einbeziehung der Sicherheitsbehörden.

Auch wenn diese Maßnahmen von den Opfern geschätzt und als wichtig angesehen werden, so wurden noch keine Maßnahmen zur Prävention, Haftung und Kostenaufgabe eingeführt. Daher sind die Kosten für Täter – seien es Mittelspersonen oder verantwortliche Regierungsbeamte – weiterhin minimal. Das Fehlen konkreter Konsequenzen führt zu einem Kreislauf der Straffreiheit, während die potenziellen Opfer selbst für ihren Schutz sorgen müssen. Wenn die Täter/innen weiterhin keine drastischen Konsequenzen fürchten müssen, dann ist dieses Phänomen dazu verdammt weiterzubestehen – wenn nicht sogar zu eskalieren.

Wenn wir z.B. die Reaktion Deutschlands auf den in einem vorangegangenen Kapitel erwähnten Fall des deutschen Staatsbürgers Herrn Ng betrachten, wird die ungeheure Diskrepanz zwischen Worten und Taten deutlich. Obwohl der gezielte Angriff auf einen EU-Bürger in Erklärungen des Krisenreaktionsmechanismus der G7⁶⁶ und der Europäischen Union⁶⁷ verurteilt wurde, folgten keine konkreten Gegenmaßnahmen. Laut Berichten kontaktierten deutsche Behörden das Opfer und boten ihm Personenschutz an, verzichteten jedoch darauf, die Täter haftbar zu machen. Als Antwort auf die extraterritoriale Anwendung des Nationalen Sicherheitsgesetzes für Hongkong gegen in Deutschland ansässige Personen haben weder Berlin noch Brüssel Straf- oder Abschreckungsmaßnahmen angekündigt. Die nicht existierende

Haftung sowohl für chinesische als auch Hongkonger Regierungsbeamte ist nicht nur eine Missachtung dessen, wozu sich Deutschland in der Grundsatzerklärung zur Bekämpfung Transnationaler Repression verpflichtet hat (sprich, „die Haftung der Verursacher Transnationaler Repression durch Maßnahmen wie gezielte Sanktionen und diplomatische Konsequenzen zu erhöhen“)⁶⁸, sondern ist auch mit dem Risiko verbunden, dass die Transnationale Repression Chinas in Europa zur Normalität wird. Im Grunde genommen wird somit ein gefährliches Signal an Peking gesendet, wonach derartige Machenschaften ungesühnt bleiben.

Die deutschen Behörden sollten die Konsequenzen für die von diesem repressiven Regime in Deutschland begangenen Menschenrechtsverletzungen verschärfen und drastische Strafmaßnahmen gegen die verantwortlichen Behörden und/oder Beamten in Erwägung ziehen. Es besteht bereits das Instrument der Globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte, auf dessen Grundlage die EU gegen sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure vorgehen kann, die weltweit für Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich sind. Diese Sanktionsregelung wurde bereits auf Stellvertreter/innen des iranischen Staates angewendet, die Transnationale Repressionen gegen Dissidenten und Menschenrechtsverteidiger auf der ganzen Welt, einschließlich dem Gebiet der EU, begangen haben.⁶⁹

5.2. Institutionelle Fragmentierung bei TNR

Einer Antwort der Bundesregierung im Jahr 2025 auf eine parlamentarische Anfrage der FDP-Fraktion zufolge beruht Deutschlands gegenwärtiger Ansatz zur Bekämpfung Transnationaler Repression auf einem dezentralen Netzwerk bestehend aus Bundes- und Landesbehörden, statt einem einheitlichen nationalen Handlungsrahmen. Die Zuständigkeiten sind zwischen Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendiensten aufgeteilt, zu denen unter anderem das *Bundeskriminalamt (BKA)*, das *Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)* und das *Auswärtige Amt (AA)* zählen.⁷⁰

In dieser Konstellation kümmern sich das BKA und die Landespolizeibehörden um potenzielle Strafverfahren, wobei sie sich hauptsächlich auf die Ermittlungsarbeit und Strafverfolgung konzentrieren. Das BfV sammelt und analysiert Geheimdienstinformationen über staatliche ausländische Akteure und ihre Stellvertreter sowie deren gegen in Deutschland ansässige Dissidenten und Exilanten gerichtete Handlungen. Das Auswärtige Amt wiederum engagiert sich auf diplomatischer Ebene – es kommuniziert mit den zuständigen Regierungen, thematisiert individuelle Fälle auf bilateraler Ebene und stimmt sich zur Verbesserung von kollektiven Schutz- und Reaktionsmechanismen mit internationalen Partnern ab.

Auf die Nachteile dieser Arbeitsteilung hat eine Koalition zivilgesellschaftlicher Organisationen wiederholt hingewiesen.⁷¹ Obwohl im Auswärtigen Amt eine Koordinierungsstelle für Transnationale Repression besteht, ist deren Zuständigkeit jedoch auf die interministerielle Koordination beschränkt. Ein formelles Instrument zur interministeriellen Koordination – bei der das Auswärtige Amt, das Bundesministerium des Innern, das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt und andere relevante Behörden vernetzt sind – fehlt immer noch. Ohne eine zentrale Koordinierungsstelle wird die institutionelle Reaktion Deutschlands weiterhin spontan und fragmentiert ausfallen.

Diese strukturelle Dezentralisierung steht in krassem Gegensatz zu Peking „gesamt-gesellschaftlichem“ Ansatz. Der chinesische Parteistaat mobilisiert diplomatische Vertretungen, Geheimdienste, Diaspora-Organisationen und Peking-Loyalisten gleichermaßen. Gegenüber einem derart koordinierten autoritären Apparat scheint das dezentrale deutsche System kaum dazu geeignet zu sein, das Vertrauen der jeweiligen Diaspora-Gemeinschaften zu gewinnen und deren Sicherheit zu gewährleisten.

Zum Vergleich – die US-Regierung von Präsident Biden und Vizepräsidentin Harris hatte einen „ganzheitlichen Regierungsansatz“ zur Bekämpfung Transnationaler Repressionen gewählt. Der *Nationale Sicherheitsrat (NSC)* fungierte

als zentrale Koordinierungsstelle und stimmt die Maßnahmen des Heimat-schutzministeriums, des Justizminis-teriums, des Außenministeriums und des *Federal Bureau of Investigation (FBI)* aufeinander ab. Bei diesem Modell ist gewährleistet, dass Politik, Nachrichten-dienste, Strafverfolgungsbehörden und diplomatische Kanäle Hand in Hand und proaktiver zusammenarbeiten.

Zur Behebung dieser systemischen Defizite wäre die Schaffung eines nationalen Koordinierungsbüros für Transnationale Repression vorteilhaft für Deutschland – ein Vorschlag, der bereits 2025 von einer Koalition deut-scher Menschenrechts- und Diaspora-Organisationen unterstützt wurde.⁷² Diese Anlaufstelle sollte als zentrale Drehscheibe für die interministerielle Koordinierung dienen und verschiede-ne Ministerien und relevante Landes-behörden zusammenführen. Aufgrund der Institutionalisierung einer einheit-lichen Reaktion käme Deutschland aus einem reaktiven in einen präventiven Aktionsmodus hinein und könnte eine konsistente Umsetzung der Richtlinien gewährleisten und autoritären Staaten signalisieren, dass Repressionen auf deutschem Boden politische und recht-liche Konsequenzen zur Folge haben.

Als Alternative zur Schaffung eines neuen eigenständigen Koordinierungs-büros könnte die Bekämpfung von Transnationalen Repressionen dem neu eingerichteten *Nationalen Sicher-heitsrat* übertragen werden.⁷³ Der im

Bundeskanzleramt angesiedelte Rat ist als zentrales strategisches Organ Deutschlands für die Integration von Außen-, Sicherheits- und Innenpoli-tik gedacht. Wenn dem Nationalen Sicherheitsrat ausdrücklich die Ver-antwortung für die Koordinierung der Maßnahmen zur Bekämpfung trans-nationaler Repressionen übertragen würde, wäre sichergestellt, dass das Thema auf höchster politischer Ebene und Ministerien-übergreifend behan-delt wird. Die Eingliederung dieses Mandats in den Nationalen Sicher-heitsrat würde den Schutz von Diaspo-ra-Gemeinschaften erhöhen und die Abwehr ausländischer Einmischung zu Kernkomponenten eines umfassen-deren nationalen Sicherheitskonzepts in Deutschland machen und dessen Umsetzung stärker an das von der Zivilgesellschaft geforderte ganzheit-liche Modell anpassen.

5.3. Mangel an rechtlichen Instrumenten, um gegen Stellvertreter/innen und halbstaatliche Akteure vor-zugehen

Die bestehenden gesetzlichen Bestim-mungen des deutschen Strafrechts – z.B. im Hinblick auf Mobbing, Stalking, Nötigung, Bedrohung und Spionage – ermöglichen zwar die strafrechtliche Verfolgung bei persönlichen Einschüch-terungsversuchen, sind jedoch für das spezifische Phänomen der staatlich organisierten Transnationalen Repres-sion unzureichend, insbesondere wenn

nichtstaatliche Akteure daran beteiligt sind. In Deutschland mangelt es derzeit an einem genau definierten Straftatbestand der Handlungen im Auftrag einer ausländischen Regierung mit dem Ziel, Personen in Deutschland zu bedrohen, zu überwachen oder zum Schweigen zu bringen, insbesondere in Fällen, die nicht die rechtlichen Voraussetzungen für den Straftatbestand der Spionage oder Gewaltdelikte erfüllen.

Diese Gesetzeslücke ist besonders offensichtlich im Hinblick auf die in Deutschland betriebenen chinesischen Polizeistationen. Bislang wurde noch keine einzige Person wegen des Betriebs einer solchen Station im Auftrag des chinesischen Staates verhaftet oder strafrechtlich verfolgt. Wenn von loyalen Mitgliedern der Diaspora oder sogenannten „Gemeindevorstehern“ verdeckt und von nicht-offizieller Seite Zwang ausgeübt wird oder Taten unterhalb der rechtmäßigen Grenze begangen werden, fallen sie üblicherweise nicht unter die traditionellen Gesetze zur Spionageabwehr, sodass die Behörden keine Rechtsgrundlage zur Durch-

setzung von Haftungsansprüchen haben. In Anbetracht dessen, dass Peking über ein großes Netzwerk von Organisationen in Deutschland verfügt, die mit der Einheitsfront in Verbindung stehen, wird diese Lücke besonders gerne von Peking ausgenutzt. Einer Schätzung von 2019 zufolge haben mindestens 230 Vereinigungen in Deutschland Verbindungen zu der Einheitsfront-Abteilung der Kommunistischen Partei Chinas.⁷⁴

Der Unterschied zu den Vereinigten Staaten könnte nicht größer sein. Im April 2023 wurden zwei chinesische Staatsangehörige, die in Manhattans Chinatown eine ausländische Polizeistation betrieben hatten, von US-Behörden in New York verhaftet und wegen Verschwörung zur Agententätigkeit für die VRC angeklagt.⁷⁵ Der Fall zeigte klar und deutlich einen Rechtsweg auf, wie solche Aktivitäten auf Grundlage des US-amerikanischen *Foreign Agent Registration Act* [Gesetz zur Registrierung ausländischer Agenten] verfolgt werden – ein Rechtsinstrument, das es im deutschen Rechtssystem nicht gibt.

6. Handlungsempfehlungen an die Politik

In diesem Kapitel werden zwei wichtige Empfehlungen zur wirksamen Bekämpfung der chinesischen Transnationalen Repression in Deutschland ausgesprochen. Einige der bereits von verschiedenen Institutionen zur Bekämpfung transnationaler Repression gemachten Empfehlungen, wie z.B. eine bessere Unterstützung der jeweiligen Gemeinschaften und Intensivierung der internationalen Koordination, werden daher im Folgenden nicht behandelt.

6.1. Transparenz- und Haftungsregelungen bei ausländischer Einflussnahme

Um die oben erwähnte Gesetzeslücke zu schließen, sollte Deutschland Transparenz- und Haftungsregelungen bei ausländischer Einflussnahme einführen, entweder in Form eines einzelnen Gesetzes oder als Novellierung des bestehenden Lobbyregistergesetzes, indem dessen Geltungsbereich auf alle vom Ausland gelenkten politischen Aktivitäten oder jegliche Informationsmanipulation ausgeweitet wird, was noch wirksamer wäre. Das aktuelle Lobbyregister – das 2024 um eine Senkung der Erheblichkeitsschwelle, einen verbindlichen Verhaltenskodex und die Offenlegung eines „Exekutiven Fußabdrucks“ erweitert wurde – ist in erster Linie weiterhin auf die auf Bundesebene stattfindende Lobbyarbeit zur Entscheidungsfindung

ausgerichtet. Die Transnationale Repression und Einflussnahme Chinas erfolgen oftmals jedoch außerhalb solcher Strukturen und stützen sich unter anderem auf Peking-Loyalisten, Diaspora-Vereinigungen, kulturelle Organisationen, Medienunternehmen, Studierendenvereinigungen und Heimatvereine. Diese Gruppen agieren häufig als informelle Ableger der Einheitsfront-Abteilung [*United Front Work Department (UFWD)*] oder ähnlicher Organe.

Ein Gesetz zur Transparenz und Haftung bei ausländischer Einflussnahme sollte daher *vom Ausland gesteuerte Einflussfaktoren* benennen und eine Registrierungspflicht für alle Unternehmen oder Personen vorsehen, die in Deutschland auf Anweisung, Bitte oder mit finanzieller Unterstützung einer ausländischen Regierung, einer politischen Partei oder einer ihr angegliederten Einrichtung tätig sind. Die Aufsicht könnte an eine unabhängige Aufsichtsbehörde übertragen werden, die dem Deutschen Bundestag unterstellt und ermächtigt ist, Aussagen zu überprüfen, Verwaltungsstrafen zu verhängen und Fälle vorsätzlicher Verschleierung zur strafrechtlichen Verfolgung weiterzuleiten. Ein strukturierter Kooperationsmechanismus zwischen der Registrierungsbehörde, dem *Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)* und dem Auswärtigen Amt würde die Identifizierung

nicht angemeldeter, in Deutschland tätiger ausländischer Agenten zudem erleichtern.

Die Aufnahme solcher *Transparenz- und Haftungsregelungen bei ausländischer Einflussnahme* in das Lobbyregister oder eine neu hierfür zu schaffende Einrichtung würde eine entscheidende Lücke im deutschen Regulierungsrahmen schließen. Diese Maßnahme könnte loyale Mitglieder der Diaspora davon abhalten als nicht gemeldete Mittelspersonen ausländischer Staaten zu fungieren und die Intransparenz ihrer Handlungen verringern. Mehr Transparenz würde vor allen Dingen dazu beitragen, die mit der Kommunistischen Partei Chinas verbündeten „Gemeindevorsteher“ und Organisationen zu entlarven, die seit geraumer Zeit den Diskurs in den Diaspora-Netzwerken bestimmen. Die Offenlegung solcher Verbindungen würde nicht nur die demokratische Kontrolle stärken, sondern auch dazu beitragen, in den Diaspora-Gemeinschaften wieder Vertrauen herzustellen – ein wesentlicher Faktor, um sicherzustellen, dass das bürgerliche Leben von Einwanderern aus einem autoritären Land frei von Zwang, Überwachung und Angst sein kann. Eine derartige deutsche Gesetzgebung wäre näher an die Gesetze verbündeter Demokratien angelehnt, wie z.B. Australiens *Foreign Influence Transparency Scheme Act* [Gesetz zur Transparenz bei ausländischer Einflussnahme], Kanadas *Foreign Influence Transparency and Accountability Act* [Gesetz zur Transparenz und Haftung

bei ausländischer Einflussnahme] und das *Foreign Influence Registration Scheme* des Vereinigten Königreichs [Meldesystem für ausländische Einflussnehmer].

6.2. Novellierung und Ausweitung des § 99 StGB (Geheimdienstliche Agententätigkeit) zur Bekämpfung Transnationaler Repressionen

Die aktuelle Version des § 99 StGB stellt eine „Geheimdienstliche Agententätigkeit“, die im Auftrag einer ausländischen Macht gegen die Interessen Deutschlands oder die eines verbündeten Staates ausgeübt wird, unter Strafe. In der Praxis wird diese gesetzliche Bestimmung eng ausgelegt: Sie gilt nur, wenn eine Person Informationen für einen ausländischen Staat oder dessen Behörden sammelt oder an diese übermittelt. In den meisten Fällen zielt Chinas Transnationale Repression jedoch nicht auf die Sammlung von Informationen ab, sondern auf die Einschüchterung, Nötigung oder Beeinflussung von Personen in Deutschland. Insofern besteht eine Gesetzeslücke im Hinblick auf die Haftung, da dieser Aspekt nicht gesetzlich geregelt ist. Beispielsweise haben chinesische Peking-Loyalisten, Vereine oder Studierende, die auf Anweisung der Botschaft Dissidenten beschatten, Protestaktionen melden oder Mitglieder der Diaspora überwachen keine rechtlichen Konsequenzen zu befürchten, da diese Handlungen gemäß deutschem Strafrecht keine Straftaten darstellen.

Eine Ausweitung des § 99 StGB auf Handlungen, die im Auftrag eines ausländischen Staates ausgeübt werden und dazu dienen, Personen oder Gemeinschaften in Deutschland zu unterdrücken, einzuschüchtern oder zu nötigen, würde diese Gesetzeslücke schließen. In der Novellierung sollte dargelegt werden, dass vom Ausland gelenkte Akte der Einschüchterung, Belästigung, Überwachung, Verleumdung oder Nötigung durch Stellvertreter/innen eine verbotene „Agententätigkeit“ darstellen, auch wenn keine Spionage betrieben oder Daten übermittelt werden. Dies sollte ausdrücklich auch

für nichtstaatliche Stellvertreter/innen gelten – Personen oder Organisationen, die auf Geheiß, Bitte oder mit materieller Unterstützung einer ausländischen Regierung oder deren politischen Verbündeten handeln (z. B. die UFWD der KP Chinas oder die der UFWD angegliederten Organisationen). Unter Berücksichtigung bewährter Praktiken in Ländern wie den USA würde eine solche Ausweitung den Strafverfolgungsbehörden eine klare Grundlage für Ermittlungen und Abschreckung bieten und so ein frühzeitiges Eingreifen ermöglichen, bevor Belästigung in körperliche Gewalt eskaliert.

Quellennachweis

Alecci, Scilla. Poor Coordination, Information Gaps Hamstring EU Efforts to Combat China's Repression of Overseas Dissidents – ICIJ. Latest News. 16. Juni 2025. Verfügbar unter: www.icij.org.

Alecci, Scilla, and ICIJ. Inside China's Machinery of Repression – and How It Crushes Dissent around the World – ICIJ. Investigations, 28. April 2025. Verfügbar unter: www.icij.org.

'Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Peter Heidt, Gyde Jensen, Michael Georg Link (Heilbronn) und der Fraktion der FDP – Drucksache 20/14592,' 10. Februar 2025. Verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de>.

Brössler, Daniel. 'China setzt Exil-Hongkonger in Deutschland unter Druck'. *Süddeutsche.de*, 19 Februar 2021. Verfügbar unter: www.sueddeutsche.de.

Bundesamt für Verfassungsschutz. 'Spionage, Cyberangriffe und sonstige sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Aktivitäten für eine fremde Macht', 1. Juli 2018. Verfügbar unter: www.verfassungsschutz.de.

Bundesministerium des Innern (BMI). Verfassungsschutzbericht 2024, 2025. Verfügbar unter: www.verfassungsschutz.de.

'China: "On My Campus, I Am Afraid": China's Targeting of Overseas Students Stifles Rights'. *Amnesty International*, 13. Mai 2024. Verfügbar unter: www.amnesty.org.

'China: Overseas Students Face Harassment and Surveillance in Campaign of Transnational Repression'. *Amnesty International*, 12. Mai 2024. Verfügbar unter: www.amnesty.org.

Connor, Richard, & Moore, Matthew. 'Germany: Ex-AfD Aide Convicted of Spying for China – DW, 30. September 2025'. Verfügbar unter: www.dw.com.

Council of the European Union. 'Iran: Council Sanctions Eight Individuals and One Entity over Serious Human Rights Violations and Transnational Repression'. *Consilium*, 15. Juli 2025. Verfügbar unter: www.consilium.europa.eu.

Die Bundesregierung informiert | Startseite. 'Im Kabinett: Nationaler Sicherheitsrat | Bundesregierung', 27. August 2025. Verfügbar unter: www.bundesregierung.de.

Dinger, Alexander, Lennart Pfahler, and Florian Saedler. 'Unter Beobachtung'. *Welt Am Sonntag*, 13. August 2023. Nr. 33 Edition.

Dorfer, Tobias and dpa. 'Bundesbildungsministerin: Stark-Watzinger befürchtet Spionage durch Stipendiaten aus China'. *Die Zeit* (Hamburg), 29. Juli 2023. Verfügbar unter: www.zeit.de.

Drinhausen, Katja, & Legarda, Helena. 'Comprehensive National Security' Unleashed: How Xi's Approach Shapes China's Policies at Home and Abroad. *Mercator Institute for China Studies*, 2022. Verfügbar unter: <https://merics.org>.

Federal Foreign Office. Strategy on China of the Government of the Federal Republic of Germany, 2023. Verfügbar unter: www.auswaertiges-amt.de.

Felden, Esther. 'How China Controls Its Top Students in Germany – DW', 3. Juli 2023. Verfügbar unter: www.dw.com.

Freedom House. 'Declaration of Principles to Combat Transnational Repression'. Verfügbar unter: <https://freedomhouse.org>.

Frenzel. 'China betreibt weiter geheime Polizeistationen in Deutschland'. *n-tv.de*. Verfügbar unter: www.n-tv.de.

'G7 Rapid Response Mechanism (RRM) Statement on Hong Kong Arrest Warrants', 8. August 2025. Verfügbar unter: <https://g7.canada.ca>.

'Hong Kong: Statement by the Spokesperson on Extraterritorial Arrest Warrants | EEAS', 31. Juli 2025. Verfügbar unter: www.eeas.europa.eu.

Koalitionsvertrag: Verantwortung für Deutschland, 2025. Verfügbar unter: www.spd.de.

Kurzbriefing zu transnationaler Repression: China Terror in Deutschland. Tibet Initiative Deutschland, World Uyghur Congress, *Freiheit für Hongkong e.V.*, 2023. Verfügbar unter: www.tibet-initiative.de.

Liu, Nicole. 'Hong Kong "Has Lost Special Status", Say Activists Turned Refugees', 2019. Verfügbar unter: www.ft.com.

Mayer, Friederike. 'Pekings lange Arme – DW – 31.08.2019', 13. Oktober 2025. Verfügbar unter: www.dw.com.

'Nach Festnahmen - Chinesische Botschaft in Berlin weist Spionagevorwürfe zurück'. *Deutschlandfunk.de*. Die Nachrichten, 23. April 2024. Verfügbar unter: www.deutschlandfunk.de.

110 Overseas. Safeguard Defenders, 2022. Verfügbar unter: <https://safeguarddefenders.com>.

Official website of the Central Tibetan Administration. Verfügbar unter: <https://tibettimes.net>.

Öffentlichkeitsarbeit, Referat Kommunikation und, and Oberlandesgericht Dresden. 'Urteil im Verfahren gegen Jian G. und Jaqi X. wegen Geheimdienstlicher Agententätigkeit verkündet'. Verfügbar unter: www.medienservice.sachsen.de.

Press Release. 'Persons Wanted for Suspected Contravention of Hong Kong National Security Law'. The Government of the Hong Kong Special Administrative Region, 25. Juli 2025. Verfügbar unter: www.info.gov.hk.

Reuters. 'China Still Conducting Police Activities in Germany -German Ministries'. *Europe*. 15 May 2023. Verfügbar unter: www.reuters.com.

Scott, Liam. 'Stepping out of Beijing's Shadow'. *Voice of America*, 1. Mai 2024. Verfügbar unter: www.voanews.com.html.

Siefert, Volker. 'Chinesische Repression mitten in Frankfurt – und keiner schaut hin'. *hessenschau.de*, 26. Juli 2025. Verfügbar unter: www.hessenschau.de.

Snyder, Alison & Allen-Ebrahimian, Bethany. 'Axios Investigates: Chinese Activists' Names Used in Bomb Threats across U.S. and EU'. *Axios*, 2 April 2023. Verfügbar unter: www.axios.com.

So, Yutung. Testimony of Su Yutong. Congressional-Executive Commission on China, 2023. Verfügbar unter: www.cecc.gov.

Submission from Hongkonger in Deutschland e.V., Hong Kong Watch, and Freiheit Für Hongkong e.V. to the Universal Periodic Review of the People's Republic of China, 2023. Verfügbar unter: www.hongkonger-in-deutschland.org.

Tatlow, Didi Kirsten. 'The Chinese Influence Effort Hiding in Plain Sight'. *Global. The Atlantic*, 12. Juli 2019. Verfügbar unter: www.theatlantic.com.

The Asahi Shimbun. 'Congressional Group Demands Probe into Beijing's Role in Violence against Protesters on U.S. Soil | The Asahi Shimbun: Breaking News, Japan News and Analysis', 14. Dezember 2023. Verfügbar unter: www.asahi.com.

The Coalition Against Transnational Repression in Germany. 'Policy Paper: Tackling Transnational Repression in Germany', 14. April 2025. Verfügbar unter: stop-transnational-repression.de.

Vaughan, Grady, Yana Gorokhovskaia, and Nate Schenkkan. 'Ten Findings from Ten Years of Data on Transnational Repression'. *Freedom House*, 14. Oktober 2025. Verfügbar unter: <https://freedomhouse.org>.

Wong, Kennedy Chi-Pan. 'Sowing Hate, Cultivating Loyalists: Mobilizing Repressive Nationalist Diasporas for Transnational Repression by the People's Republic of China Regime', 2024 SAGE Publications, *American Behavioral Scientist*, no. 1–24 (August 2024).

Yang, William. '專訪黃台仰: 被通緝 我也不會停止為香港倡議 – DW'. *dw.com*, 1. August 2020. Verfügbar unter: www.dw.com.

Endnoten

- 1 Grady Vaughan, Yana Gorokhovskaia, & Nate Schenkkan. 'Ten Findings from Ten Years of Data on Transnational Repression', *Freedom House*, 2005, verfügbar unter: <https://freedomhouse.org>.
- 2 Federal Foreign Office, Strategy on China of the Government of the Federal Republic of Germany, 2023, p. 43. verfügbar unter: www.auswaertiges-amt.de.
- 3 Koalitionsvertrag: Verantwortung für Deutschland, 2025, p. 95, verfügbar unter: www.spd.de.
- 4 Das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens ereignete sich im Juni 1989 in Peking, als chinesische Regierungstruppen friedliche pro-demokratische Demonstrationen, die größtenteils von Studierenden angeführt wurden, gewaltsam niederschlugen. Die Protestierenden auf dem Tiananmen-Platz forderten politische Reformen, persönliche Freiheiten und ein Ende der Korruption in der Regierung. Das Militär setzte scharfe Munition und Panzer gegen unbewaffnete Demonstrierende ein, was zu Hunderten – möglicherweise Tausenden – von Todesopfern führte. Seitdem zensiert die chinesische Regierung jede Diskussion über das Ereignis; es zählt bis heute zu den sensibelsten und am stärksten eingeschränkten Themen in China.
- 5 Scott, Liam, 'Stepping out of Beijing's Shadow', *Voice of America*, 1. Mai 2024, verfügbar unter: www.voanews.com.
- 6 Testimony of Su Yutong, Congressional-Executive Commission on China, 2023, Verfügbar unter: www.cecc.gov.
- 7 ebd.
- 8 ebd.
- 9 Snyder, Alison & Bethany, Allen-Ebrahimian, 'Axios Investigates: Chinese Activists' Names Used in Bomb Threats across U.S. and EU', *Axios*, 2 April 2023, Verfügbar unter: www.axios.com.
- 10 Dinger, Alexander, Lennart Pfahler, & Florian Saedler, 'Unter Beobachtung'. *Welt Am Sonntag*, 13. August 2023. Nr. 33 Edition.
- 11 So, Aussage von Su Yutong.
- 12 'China: Overseas Students Face Harassment and Surveillance in Campaign of Transnational Repression', *Amnesty International*, 12. Mai 2024, verfügbar unter: www.amnesty.org.
- 13 Der Autor hat von der betroffenen Person die Erlaubnis erhalten, den Vorfall zu öffentlich.
- 14 Felden, Esther, 'How China Controls Its Top Students in Germany – DW', 3. Juli 2023, verfügbar unter: www.dw.com.
- 15 ebd.
- 16 Dorfer, Tobias, 'Bundesbildungsministerin: Stark-Watzinger befürchtet Spionage durch Stipendiaten aus China', *Die Zeit* (Hamburg), 29. Juli 2023, verfügbar unter: www.zeit.de.
- 17 Felden, 'How China Controls Its Top Students in Germany – DW'.
- 18 'China: "On My Campus, I Am Afraid": China's Targeting of Overseas Students Stifles Rights', *Amnesty International*, 13. Mai 2024, p.38, verfügbar unter: www.amnesty.org.
- 19 ebd.
- 20 Siefert, Volker, 'Chinesische Repression mitten in Frankfurt – und keiner schaut hin', *hessenschau.de*, 26. Juli 2025, verfügbar unter: www.hessenschau.de.
- 21 ebd.
- 22 ebd.
- 23 ebd.
- 24 Mayer, Friederike, Pekings lange Arme – DW – 31.08.2019'. Verfügbar unter: www.dw.com.
- 25 Brössler, Daniel, 'China setzt Exil-Hongkonger in Deutschland unter Druck', *Süddeutsche.de*, 19. Februar 2021, verfügbar unter: www.sueddeutsche.de.
- 26 Liu, Nicole, 'Hong Kong "Has Lost Special Status", Say Activists Turned Refugees', *Financial Times*, 2019, verfügbar unter: www.ft.com.
- 27 Yang, William, '專訪黃台仰: 被通緝 我也不會停止為香港倡議 – DW', *dw.com*, 1. August

- 2020, Verfügbar unter: www.dw.com.
- 28 ‚Das hier endet mit deinem Tod‘: So werden Chinas Kritiker im Ausland bedroht, *Tagesspiegel*, 14. November 2023, verfügbar unter: www.tagesspiegel.de.
- 29 ‚Persons Wanted for Suspected Contravention of Hong Kong National Security Law‘, The Government of the Hong Kong Special Administrative Region, *Press Release*, 25. Juli 2025, verfügbar unter: www.info.gov.hk.
- 30 Kurzbriefing zu transnationaler Repression: China Terror in Deutschland, Tibet Initiative Deutschland, World Uyghur Congress, *Freiheit für Hongkong e.V.*, 2023, verfügbar unter: www.tibet-initiative.de.
- 31 ebd.
- 32 ebd.
- 33 ebd.
- 34 ebd.
- 35 ebd.
- 36 Alecci, Scilla & ICIJ, Inside China’s Machinery of Repression – and How It Crushes Dissent around the World – ICIJ; *Investigations*, 28. April 2025, verfügbar unter: www.icij.org.
- 37 Economy, E, *The Third Revolution: Xi Jinping and the New Chinese State*, 2018, Oxford University Press.
- 38 Drinhausen, Katja & Helena Legarda, ‚Comprehensive National Security‘ Unleashed: How Xi’s Approach Shapes China’s Policies at Home and Abroad, *Mercator Institute for China Studies*, 2022, verfügbar unter: <https://merics.org>.
- 39 Wong, Kennedy Chi-Pan, ‚Sowing Hate, Cultivating Loyalists: Mobilizing Repressive Nationalist Diasporas for Transnational Repression by the People’s Republic of China Regime‘, 2024, SAGE Publications, *American Behavioral Scientist*, No. 1–24 (August 2024), p. 9.
- 40 Submission from Hongkonger in Deutschland e.V., Hong Kong Watch, and Freiheit Für Hongkong e.V. to the Universal Periodic Review of the People’s Republic of China, 2023, verfügbar unter: www.hongkonger-in-deutschland.org.
- 41 Kurzbriefing zu transnationaler Repression: China Terror in Deutschland, 2023, verfügbar unter: www.tibet-initiative.de.
- 42 Wong, ‚Sowing Hate, Cultivating Loyalists: Mobilizing Repressive Nationalist Diasporas for Transnational Repression by the People’s Republic of China Regime‘. p.9.
- 43 Bundesministerium des Innern (BMI), *Verfassungsschutzbericht*, 2024, p. 316, verfügbar unter: www.verfassungsschutz.de.
- 44 Alecci & ICIJ, Inside China’s Machinery of Repression – and How It Crushes Dissent around the World – ICIJ.
- 45 ‚Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Peter Heidt, Gyde Jensen, Michael Georg Link (Heilbronn) und der Fraktion der FDP – Drucksache 20/14592 –‘, 10. Februar 2025, p.8, verfügbar unter: dserver.bundestag.de.
- 46 Wong, ‚Sowing Hate, Cultivating Loyalists: Mobilizing Repressive Nationalist Diasporas for Transnational Repression by the People’s Republic of China Regime‘. p. 9.
- 47 Joske, Alex, „Nestling spies in the united front“. Spies and Lies: How China’s Greatest Covert Operations Fooled the World, *Hardie Grant Books*, 2022, pp. 24–39.
- 48 Connor, Richard & Moore, Matthew, ‚Germany: Ex-AfD Aide Convicted of Spying for China – DW – 09 March 2025‘, verfügbar unter: www.dw.com.
- 49 Öffentlichkeitsarbeit, Referat Kommunikation und, and Oberlandesgericht Dresden, ‚Urteil im Verfahren gegen Jian G. und Jaqi X. wegen Geheimdienstlicher Agententätigkeit verkündet‘, verfügbar unter: www.medienservice.sachsen.de.
- 50 Offizielle Website der Zentralen Tibetischen Verwaltung: tibettimes.net.
- 51 110 Overseas – Chinese Transnational Policing Gone Wild, *Safeguard Defenders*, 2022, verfügbar unter: safeguarddefenders.com.
- 52 Wong, ‚Sowing Hate, Cultivating Loyalists: Mobilizing Repressive Nationalist Diasporas for Transnational Repression by the People’s Republic of China Regime‘, p. 9.
- 53 Reuters, ‚China Still Conducting Police Activities in Germany – German Ministries‘, Europe, 15. Mai 2023, verfügbar

- unter: www.reuters.com.
- 54 ebd.
- 55 Frenzel, Markus, 'China betreibt weiter geheime Polizeistationen in Deutschland', *n-tv.de*, 27. November 2024, verfügbar unter: www.n-tv.de.
- 56 'Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Peter Heidt, Gyde Jensen, Michael Georg Link (Heilbronn) und der Fraktion der FDP – Drucksache 20/14592', S. 11.
- 57 It is essential to clarify that the term "repressive nationalist diaspora" does not suggest that all non-critical or apolitical members of the Chinese diaspora engage in repression. Rather, it refers specifically to individuals and groups within the diaspora who actively participate in silencing, monitoring, or intimidating dissenting voices on behalf of, or in alignment with, the interests of the Chinese state.
- 58 Wong, 'Sowing Hate, Cultivating Loyalists: Mobilizing Repressive Nationalist Diasporas for Transnational Repression by the People's Republic of China Regime', S. 2.
- 59 ebd.
- 60 Verfassungsschutzbericht, 2024, S. 319-320.
- 61 The Asahi Shimbun, 'Congressional Group Demands Probe into Beijing's Role in Violence against Protesters on U.S. Soil, Breaking News, Japan News and Analysis', 14. Dezember 2023, verfügbar unter: www.asahi.com.
- 62 Verfassungsschutzbericht 2024, S. 316.
- 63 Federal Foreign Office, Strategy on China, S. 43.
- 64 Freedom House, 'Declaration of Principles to Combat Transnational Repression', available at: <https://freedomhouse.org>.
- 65 Koalitionsvertrag: Verantwortung für Deutschland, S. 95.
- 66 'G7 Rapid Response Mechanism (RRM) Statement on Hong Kong Arrest Warrants', 8. August 2025, verfügbar unter: <https://g7.canada.ca>.
- 67 'Hong Kong: Statement by the Spokesperson on Extraterritorial Arrest Warrants | EEAS', 31 July 2025, verfügbar unter: www.eeas.europa.eu.
- 68 Freedom House, 'Declaration of Principles to Combat Transnational Repression'.
- 69 Council of the European Union, 'Iran: Council Sanctions Eight Individuals and One Entity over Serious Human Rights Violations and Transnational Repression, Consilium, 15. Juli 2025, verfügbar unter: www.consilium.europa.eu.
- 70 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Peter Heidt, Gyde Jensen, Michael Georg Link (Heilbronn) und der Fraktion der FDP – Drucksache 20/14592'.
- 71 The Coalition Against Transnational Repression in Germany, 'Policy Paper: Tackling Transnational Repression in Germany', 14. April 2025, S. 4, verfügbar unter: <https://stop-transnational-repression.de>.
- 72 ebd.
- 73 'Im Kabinett: Nationaler Sicherheitsrat | Bundesregierung'. 27 August 2025. Verfügbar unter: www.bundesregierung.de.
- 74 Tatlow, Didi Kirsten. 'The Chinese Influence Effort Hiding in Plain Sight'. *Global. The Atlantic*, 12. Juli 2019, verfügbar unter: www.theatlantic.com.
- 75 Two Arrested for Operating Illegal Overseas Police Station of the Chinese Government, 17. April 2023, verfügbar unter: www.justice.gov.

Über den Autor



Ray Wong Toi-yeung

ist ein Aktivist aus Hongkong und der Erste aus der Stadt, dem von einem europäischen Staat politisches Asyl gewährt wurde. Im Jahr 2015 gründete er die Aktivistengruppe Hong Kong Indigenous, deren Slogan „Befreit Hongkong, Revolution unserer Zeit“ zum prägenden Ruf der Proteste gegen das Auslieferungsgesetz im Jahr 2019 wurde. Derzeit ist er Vorsitzender der deutschen NGO Freiheit für Hongkong e.V., die Forschung und Advocacy-Arbeit zu Menschenrechten in Hongkong sowie zu Chinas wachsendem illiberalen Einfluss in Europa betreibt. Ray hat einen Abschluss in Politikwissenschaft und Philosophie von der Universität Göttingen.

